

Eine Leuchtturmschule, die keine sein will

Im Jahr 2020 sollte es laut UN-Ziel keine Sonderschulen mehr geben. Die türkis-blaue Koalition hat sich jedoch für deren Erhalt ausgesprochen. Einzelne Schulen wagen Alternativen, eine Gesamtstrategie gibt es nicht.

Franziska Windisch

Um zur „Schule am Himmel“ der Caritas zu gelangen, muss man im wahrsten Sinne des Wortes hoch hinaus, zum Wiener Pfaffenberg, mit Blick über die Dächer der Bundeshauptstadt. Was gerade noch Baustelle war, entwickelt sich langsam zu einem hochmodernen Schulgebäude. Fixe Klassenzimmer gibt es nicht, dafür aber Therapieräume und Rückzugsecken. Die Großen gelangen von der Lernzone aus schnurstracks auf den Dachgarten. „Am Himmel“ lernen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam.

Auch die Sonderschule Bruck an der Leitha findet man ganz oben – im Dachgeschoß der Volksschule am Hauptplatz. Von Renovierungsarbeiten kann jedoch keine Rede sein. Zwar platzt der Standort aus allen Nähten, doch in den letzten Jahren war man mit Anschaffungen vorsichtig. Sonderschulen wie jene im Wiener Umland sollte es nämlich eigentlich nicht mehr geben. Ursprünglich kündigte Österreich eine Abschaffung bis 2020 an und richtete Inklusionsmodellregionen ein. Dann sprach sich Türkis-Blau aber für einen Erhalt aus (*siehe Wissen*).

Umgekehrte Inklusion

Die „Schule am Himmel“ war bis vor ein paar Jahren ebenfalls eine klassische Sonderschule. 2015 wurde sie als Inklusionsschule neu eröffnet. Als die Umstellung angekündigt wurde, gingen Eltern und Lehrer auf die Barrikaden. Zahlreiche schwerstbehinderte Kinder wurden von der Caritas-Schule ab- und in anderen Sonderschulen angemeldet – aus Angst um die Qualität der Betreuung, wegen schlechter Erfahrungen in Regelschulen.

Vier Jahre später möchte Himmel-Direktorin Andrea Rieger von den anfänglichen Sorgen nichts mehr wissen. Selbstverständlich gebe es ab und zu Probleme, Kinder stießen zusammen. Besonders

die Eltern stecken das nicht immer so leicht weg. Auch mit dem Wechsel von der Volks- in eine weiterführende Schule kommen Zweifel auf. Soll man das Kind in der neuen Mittelschule „am Himmel“ lassen oder es doch in einer AHS versuchen, um der beruflichen Karriere am Ende nicht im Weg zu stehen? Die Bilanz will man dennoch positiv wissen, die Schülerzahlen steigen. Bleibt die Frage der Massentauglichkeit.

Schutzzone Sonderschule

„Sonderschulen zu öffnen ist allein noch kein Inklusionsmodell“, meint Tobias Buchner. Er forscht am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien. Denn inklusive Schulen müssten in jedem Grätzl sein und für alle offenstehen. Der Schüler mit dem längsten Anfahrtsweg braucht auf den Kahlenberg insgesamt eineinhalb Stunden. Auch die Möglichkeit, als Sonderschüler in die Regelschule zu wechseln, wie es die von ÖVP und FPÖ propagierte Wahlfreiheit vorsieht, besteht nicht immer. Standorte stellen sich quer: Es gebe nicht ausreichend Personal, auch bauliche Umstände ließen einen Wechsel nicht zu. Doch nicht nur Regelschullehrkräfte sind unsicher, auch Sonderschulen nehmen oftmals eine bremsende Rolle ein.

„Sonderschulen werden vielfach als Schutzzone verstanden. Man fürchtet sich vor Durchmischung“, erklärt Buchner. Himmel-Direktorin Rieger pflichtet diesem Urteil bei: „Es fehlt der Mut, den Glassturz zu heben. Man kann auch Menschen mit Behinderung mehr Verantwortung geben.“ Auch Studien kommen zu dem Schluss, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf von inklusiven Schulen profitieren. Der Wechsel in die Berufsausbildung oder an die Universität fällt leichter, weil es Vorbilder im Schulalltag gibt. Dass man durch Sonderschulen der Gefahr von Mobbing entgegenwirken kann, wie ÖVP-

Behindertensprecherin Kira Grünberg die Initiative zum Erhalt begründet, sieht der Inklusionsexperte Buchner kritisch. Inklusionsschüler würden zwar von Mobbingberichten berichten, aber auch davon, wie sie den Umgang damit lernen – zudem gebe es auch an Sonderschulen Mobbing.

Sabine Maurer, Direktorin der Sonderschule Bruck an der Leitha, hätte nicht für möglich gehalten, dass es 2020 noch Sonderschulen geben wird. Am Schulstandort bemühe man sich zwar um Kooperationen mit der hauseigenen Volksschule, für viele endet die Schule aber mit den Stufen zum Dachgeschoß: „Letztlich bleiben wir häufig unter uns.“ Kinder mit körperlicher Behinderung in eine gemeinsame Schule zu integrieren ist – Maurer zufolge – das kleinere Problem. Eine größere Hürde stellen Schüler mit sozial-emotionalen Abweichungen dar: „Das Bildungssystem findet hier keine Antworten.“ Das bestätigt auch die Himmel-Direktorin.

Ressourcen und Haltung

Für den breiten Ausbau inklusiver Schulstandorte fehlt es an Geld und Personal, sagen Maurer und Buchner. Der Rechnungshof kam bei einer Prüfung der Inklusionsbemühungen der letzten Jahrzehnte jedoch zum Schluss, die türkis-blaue Doppelstrategie sei die teuerste und ineffizienteste Variante. Auch Himmel-Direktorin Rieger betont, dass sie mit derselben Zahl an Pädagogen auskomme wie öffentliche Schulen.

Und da kommt auch ein weiterer Faktor ins Spiel: die Haltung. Rieger sucht sich Personal aus, das zum Standort passt. Die Lehrkräfte müssen von der Durchmischung überzeugt sein – das sei nicht überall der Fall. „Ich werde oft als Leuchtturmschule beschrieben“, meint Rieger, „aber das möchte ich nicht sein. Meine Schule soll es österreichweit geben. Das könnte ich vielleicht nicht mehr erleben.“



Foto: Heribert Carr

Insgesamt 120 Kinder besuchen die „Schule am Himmel“. Ein Drittel hat sonderpädagogischen Förderbedarf, zwei Drittel werden nach dem regulären Lehrplan unterrichtet.

Nach fünf Sitzungen war wieder Schluss

Vor fast exakt einem Jahr hat Heinz Faßmann ein Expertengremium zwecks Beratung in Inklusionsfragen zusammengetrommelt. Stand September 2019 ist Faßmann nicht mehr Bildungsminister – und das „Consulting Board“ hat nach insgesamt fünf Sitzungen (die konstituierende Sitzung miteinberechnet) seine Arbeit wieder eingestellt, wie eine parlamentarische Anfrage von Neos-Bildungssprecher Douglas Hoyos zeigt.

Iris Rauskala, Faßmanns Nachfolgerin im Bildungsministerium, erklärt in ihrer Antwort, der Expertenkreis sei als Beratungsgremium gedacht gewesen, „es endete dessen Funktionsperiode mit dem Wechsel der Ressortleitung“. Ziel sei u. a. gewesen, „das Regierungsprogramm der vergangenen ÖVP-FPO-Koalition zu konkretisieren“ sowie „Vorschläge zur Weiterentwicklung der schulischen Bildung für Lernende mit Behinderungen“ zu entwickeln.

Für die Neos wäre zumindest Letzteres auch nach dem Abgang von Türkis-Blau nötig. Schülerinnen und Schüler mit Behinderung beziehungsweise sonderpädagogischem Förderbedarf würden immer noch keine weitgehend gleichen Rahmenbedingungen an den unterschiedlichen Schultypen vorfinden. Ähnliches hat der Rechnungshof bereits im Februar in einem Prüfungsbericht festgehalten. Dessen Tenor: Trotz Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention vor mittlerweile zehn Jahren fehle immer noch eine Strategie, wie deren Vorgaben für alle Bildungsbereiche umgesetzt werden könne. Der pinke Bildungssprecher schlussfolgert: „Es wäre also eine kluge Entscheidung, das Consulting Board wieder arbeiten zu lassen, denn wir sind noch lange nicht da, wo wir sein sollten.“ (riss)

WISSEN

Wie Inklusion in Österreich funktioniert

Seit Oktober 2008 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Österreich in Kraft. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten, für jedes Kind inklusiven Unterricht zu ermöglichen.

Erst seit 2012 gibt es den **Nationalen Aktionsplan Behinderung**, der die österreichweite Umsetzung der UN-Konvention regelt. Ein erster Schritt war die Einführung von **Inklusions-Modellregionen** in Kärnten, der Steiermark und Tirol. Im Plan des damals SPÖgeführten Bildungsministeriums stand die **Ausweitung bis 2020**. Damit sollte auch das Ende der Sonderschulen kommen. So zumindest der Plan, die Umsetzung stockte.

Die türkis-blaue Koalition leitete dann eine Kehrtwende ein. Im Regierungsprogramm sprach man sich für die **Stärkung des Sonderschulwesens** aus – trotz völkerrechtlicher Verpflichtung zur Abschaffung.

Die Zahl der Schüler, denen aufgrund von körperlicher oder psychischer Beeinträchtigung **sonderpädagogischer Förderbedarf (SPF)** attestiert wird, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Im Schuljahr 2017/18 waren es 5,3 Prozent der Pflichtschüler, zehn Jahre zuvor noch 3,6 Prozent. Über 60 Prozent werden hierzulande in Regelschulklassen – im Rahmen der Einzelintegration oder in Inklusionsklassen mit mehreren Schülern mit Behinderung – unterrichtet.

Es gibt aber große **regionale Unterschiede**: Der Anteil an Schülern mit SPF liegt in Tirol bei 3,7 Prozent, in Vorarlberg bei sieben. Die Integrationsquote in Kärnten bei 84 Prozent, in Wien bei 51. (wif)